

**Persistenter Identifier:** 1571051867188\_1983

**Titel:** ARCH+ : Zeitschrift für Architekten, Stadtplaner, Sozialarbeiter und kommunalpolitische Gruppen

**Ort:** Stuttgart

**Datierung:** 1983

**Strukturtyp:** volume

**Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)

**PURL:** [https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188\\_1983/1/](https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1983/1/)

**Abschnitt:** Goldene Zeiten für Garnisonsstädte?

**Autor:** Schmitz, Andreas

**Strukturtyp:** article

**Lizenz:** [Rechte vorbehalten - Freier Zugang](#)

**PURL:** [https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188\\_1983/202/LOG\\_0062/](https://digibus.ub.uni-stuttgart.de/viewer/image/1571051867188_1983/202/LOG_0062/)

„Ohne das Militär hätten wir hier doch gar keine Arbeitsplätze“, oder „Die Garnison stärkt die Wirtschaftskraft der Gemeinde.“

Allzuoft sind diese Argumente zu hören, wenn in kleinen Garnisongemeinden über Bundeswehr oder Nachrüstung diskutiert wird. Sieht es denn wirklich so schlimm aus?

Zwar gibt es eine Vielzahl von Aufsätzen über die Auswirkungen von Militärausgaben, besonders gegen Ende der 60er Jahre, sie basieren aber in den wenigsten Fällen auf tatsächlichen Untersuchungen. Im Folgenden soll dieser Frage nachgegangen werden und zwar unter zwei Aspekten:

1) Entspricht die regionale Verteilung der Militärausgaben den Zielsetzungen der Raumordnung?

Wenn als Grundsatz der Raumordnung die Sicherung und Weiterentwicklung von ausgewogenen wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnissen angestrebt wird, so sind auch die Verteidigungsausgaben unter diesem Gesichtspunkt zu betrachten. Tragen sie dazu bei, die Lebensverhältnisse in unterentwickelten Gebieten zu verbessern oder fördern sie die Leistungskraft der Ballungsgebiete? Sind sie als Mittel raumordnungspolitischer Ziele einsetzbar oder haben sie die entgegengesetzte Wirkung?

2) Wie sieht die Situation für den kommunalen Haushalt aus? Lohnt es sich für eine Gemeinde heute noch, sich um die Ansiedlung von Garnisonen zu bemühen? Dies soll an einem Musterprozeß der Stadt Munster wegen Ausgleich der Garnisonsfolgekosten erläutert werden.

### Die räumliche Verteilung zentraler Militärausgaben

Unter zentraler Beschaffung sind die Ausgaben des Bundesverteidigungsministeriums und des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung in Koblenz zu verstehen. Obwohl die zentrale Beschaffung 1975 nur 1,3 % der Anzahl der Aufträge ausmachte, wurden dadurch 76 % der Beschaffungsgelder vergeben. Für den Ausgabenbereich der zentralen Militärausgaben liegen zwei Untersuchungen vor, die für 1960 und 1975 Zahlenmaterial beisteuern.<sup>1)</sup>

Die beiden Studien untersuchen die regionale Verteilung der Gelder anhand des Sitzes des Unternehmens, das den Auftrag erhält. Dabei ist allerdings auf folgende Unsicherheit hinzuweisen: Wird der Auftrag an einen Hauptauftragnehmer vergeben, der als Generalunternehmer die Entwicklung und Fertigung der Einzelunternehmer koordiniert, werden die Zulieferer nicht erfaßt. Diese vom Generalunternehmer angenommenen Aufträge umfassen in der Regel ein größeres Auftragsvolumen mit höherer Stückzahl. Es darf als unwahrscheinlich gelten, daß als Subunternehmer kleinere mittelständige Betriebe in strukturschwachen Gebieten auftreten. Dieser Bereich ist allerdings in der Tat noch nicht ausreichend untersucht.

1960 schon war Bayern bei der Vergabe der zentralen Militärausgaben überproportional beteiligt gewesen. Diese Tendenz verstärkt sich bis 1975 bis zu einem Anteil von fast 50 % der ausgegebenen Gelder. Um die Höhe der Ausgaben vergleichbar zu machen, wurden sie auf die Pro-Kopf-Zahl der Bevölkerung umgerechnet.

Hierbei wird deutlich, daß innerhalb Bayerns der überwiegende Teil in das Rüstungszentrum München geht, strukturschwache Randgebiete wie das östliche Bayern werden bei der Vergabe nur unzureichend berücksichtigt. Dies dürfte auch in der Struktur der Aufträge liegen. Technisch hochentwickelte Rüstungsgüter lassen sich nur in entspre-

Andreas Schmitz

# Goldene Zeiten für Garnisonsstädte?

chend spezialisierten Betrieben herstellen. So ist auch der Anteil von Handwerksbetrieben sehr gering.

Zusammenfassend läßt sich feststellen, daß gerade die zentralen Militärausgaben nicht zur Behebung regionaler Disparitäten beitragen, da sie übermäßig stark in Ballungsgebiete und da im besonderen nach München fließen.

### Die räumliche Verteilung dezentraler Militärausgaben

Unter dezentralen Militärausgaben sind diejenigen Gelder zu verstehen, die von den örtlichen Militärverwaltungen ausgegeben werden.

Diese örtlichen Militärverwaltungen sind die Standortverwaltung, die Truppenverwaltung und die Bauleitung.

Als weitere Ausgabenart, die dezentral wirksam wird, sind die Personalausgaben zu sehen, da diese auch einen hohen Anteil am Verteidigungshaushalt haben.

Gerade der Bereich der dezentralen Militärausgaben ist ein Bereich, der wenig erforscht ist. Über mehrere Garnisonsorte in Bayern wurden von der Hochschule der Bundeswehr in München Untersuchungen angestellt, welcher Anteil dieser Ausgaben tatsächlich in den Orten verbleibt. Leider sind nicht alle Untersuchungen öffentlich zugänglich, und so sei hier als Beispiel die Gemeinde Mittenwald herangezogen. Als Untersuchungsraum wurde Mittenwald mit etwa 10.000 Einwohnern und die beiden umliegenden Gemeinden Krün und Wallgau gewählt. Die nächst größere Gebietseinheit ist der Landkreis Garmisch-Partenkirchen. Von den 1975 der Militärverwaltung in Mittenwald zur Verfügung stehenden Geldern in Höhe von ca. 7,5 Mio. DM blieb nur ein kleiner Anteil von 9,3 % in dem Untersuchungsraum, der größte Teil von 40 % ging in das Ballungszentrum München.

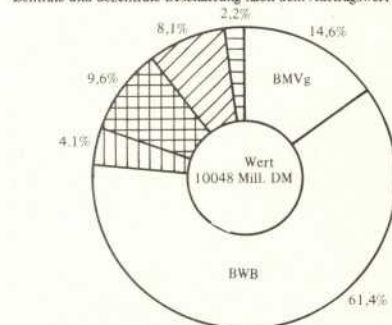
Dabei ist aber auch zu sehen, daß der Anteil der Gelder, die in der Garnisongemeinde bleiben, weiter rückläufig ist.

Diese Entwicklung wird darin ihren Grund finden, daß selbst die Bundeswehr vermehrt darauf angewiesen ist, in größeren Stückzahlen preisgünstig einzukaufen.

Gegenüber der dezentralen Beschaffung ist das Jahreseinkommen der Bundeswehrangehörigen ein wesentlich wichtigerer Posten. Waren es etwa 300 Mio. DM, die 1977 den Bundeswehrgarnisonen zur dezentralen Anschaffung zur Verfügung standen, so war der Anteil des verfügbaren Jahreseinkommens der Bundeswehrangehörigen mit 1,9 Mrd. DM ungleich höher. Die Differenz zwischen den einzelnen Bundeswehrstandorten ist allerdings erheblich. Sind in München jährlich 267 Mio. DM, also über 14 % des gesamten Einkommens, das nach Bayern fließt, so gehen in die kleinsten Orte nur 7 Mio. DM. Auf die Region München entfallen sogar 34 % des jährlich verfügbaren Einkommens.

Den Angehörigen der Bundeswehr in Mittenwald standen 1975 etwa 324,5 Mio. DM als Einkommen zur Verfügung. Von diesem Einkommen wird aber nur ein Teil im Untersuchungsgebiet Mittenwald ausgegeben. Die-

Zentrale und dezentrale Beschaffung nach dem Auftragswert im Jan. 1975



Zentrale Beschaffung	
BMVg	= 1464
BWB	= 8178
<b>Gesamt</b>	<b>7642</b>

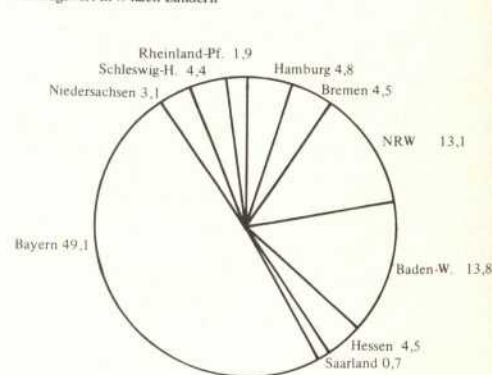
Dezentrale Beschaffung	
BSt. Erp. St. u. MARS	= 412 <sup>1)</sup>
Güteprüfdienst	= 965
WBV u. STOV	= 811
Truppe und deren Dienststellen	= 218 <sup>2)</sup>

1) Einschließlich Kooperative Logistik des BiVB  
2) Dienststellen des Geschäftsbereiches

Quelle: Greve, O. (1976)

(Quelle: Maneval, Neubauer, Forschungsbericht Nr. 1, a.a.O.)

Inlandsaufträge des Bundeswehrbeschaffungsamtes 1975  
Auftragswert in % nach Ländern



Gesamtvolumen BWB 1975 = 6544 Mio. DM

(Quelle: Maneval, Neubauer, Forschungsbericht Nr. 1, a.a.O.)

### Verteidigungsausgaben des Bundesamtes für Wehrtechnik und Beschaffung pro Kopf der Bevölkerung in DM

	1960	1975
Hamburg	116,6	157,4
Bremen	387,0	418,7
Nordrhein-Westfalen	34,1	50,8
Köln	221,9	(*)
Baden-Württemberg	66,6	124,6
Hessen	62,7	66,4
Rhein-Main-Gebiet	121,7	(*)
Saarland	40,2	77,1
Bayern	117,8	238,2
Region München	724,5	1001,1
Östliches Bayern	19,7	(*)
Niedersachsen	28,2	30,2
Schleswig-Holstein	88,2	116,1
Nördl. Schleswig-Holstein	16,4	(*)
Kiel	195,5	(*)
Rheinland-Pfalz	28,1	40,1
Hunsrück-Eifel	3,8	(*)
BRD	64,5	105,2

(\*) Angaben liegen nicht vor

(Quelle: Maneval, H. u.a.; Forschungsbericht Nr. 1 a.a.O. Zimmermann, H.: a.a.O., Statistisches Jahrbuch 1977, eigene Berechnungen)



ser verbleibende Anteil wird Konsumquote genannt. Diese ist für Mittenwald mit etwa 49 % errechnet worden. Ein Großteil der Kaufkraft fließt in nahe größere Städte mit attraktiverem Angebot ab. Dies scheint eine Untersuchung der Stadt Osnabrück<sup>4)</sup> mit einer Einwohnerzahl von 160.000 auch zu bestätigen, wo für die stationierten deutschen Bundeswehrverbände eine Konsumquote von 90 % ausgerechnet wurde, für die dortigen britischen Truppen von nur 62 %.

Bei aller Vorsicht, die bei der Verallgemeinerung dieser Aussagen getroffen werden muß, dürfte sich aber doch folgendes feststellen lassen: weder die zentralen noch die dezentralen Beschaffungsgelder tragen zur Behebung regionaler Disparitäten bei, sie dürften im Gegenteil sogar zur Unterentwicklung von Randgebieten führen. Der wichtigste Teil der Gelder für eine Garnisongemeinde ist das verfügbare Jahreseinkommen der Bundeswehrangehörigen, also Soldaten und

zivile Arbeitskräfte. Je kleiner der Ort, umso kleiner der Anteil vom Jahreseinkommen, der auch tatsächlich dort bleibt.

Demgegenüber hat aber auch eine Militärsiedlung für kleine Gemeinde gewisse Nachteile:

- Besonders Gemeinden in strukturschwachen Gebieten sind auf den Fremdenverkehr angewiesen, aber auch das Militär siedelt sich dort gerne an, weil in diesen Regionen der Flächenbedarf noch gedeckt werden kann. Wehrmacht und Fremdenverkehr sind aber Entwicklungen, die sich schwerlich vereinbaren lassen.
- War die Garnison nach der Gründung in den 50er Jahren ein Magnet für alle verfügbaren zivilen Arbeitskräfte, wurde so eine gewerbliche Entwicklung verhindert.
- Durch den z.T. immensen Bedarf an Flächen für beispielsweise einen Truppenübungsplatz wird eine Industriensiedlung verhindert.

#### Quellenangabe

- 1) a.- Zimmermann, Horst: Öffentliche Aufgaben und regionale Wirtschaftsentwicklung, Tübingen Basel 1970
- b.- Maneval, Helmut, Neubauer, Günter: Untersuchungen über die Wirkungen von Verteidigungsausgaben auf die regionale Wirtschaftsstruktur. Forschungsbericht Nr. 1 der wissenschaftlichen Einrichtung Volkswirtschaftslehre der Hochschule der Bundeswehr München, München 1978
- 2) Maneval, Helmut, Neubauer, Günter: Die Rolle der Garnisonen der Bundeswehr für die Räumliche Entwicklung – unter besonderer Berücksichtigung des Freistaates Bayern. Forschungsbericht Nr. 2 der wissenschaftlichen Einrichtung Volkswirtschaftslehre der Hochschule der Bundeswehr München, München 1979
- 3) entfällt
- 4) Stadt Osnabrück, Amt für Stadtentwicklung und Statistik (Hrsg.): Die wirtschaftliche Bedeutung der Bundeswehr und der britischen Streitkräfte in der Garnison Osnabrück, Osnabrück 1980

Eine ausführliche Bibliographie zum Thema 'Militär und Landschaft' ist für DM 5,- zu erwerben bei Andreas Schmitz, Sommerweg 15a, 3500 Kassel.

Helga Jäger

# Die Soldaten sind da

## Das Beispiel Schwarzenborn

### Administrierte Strukturschwäche...

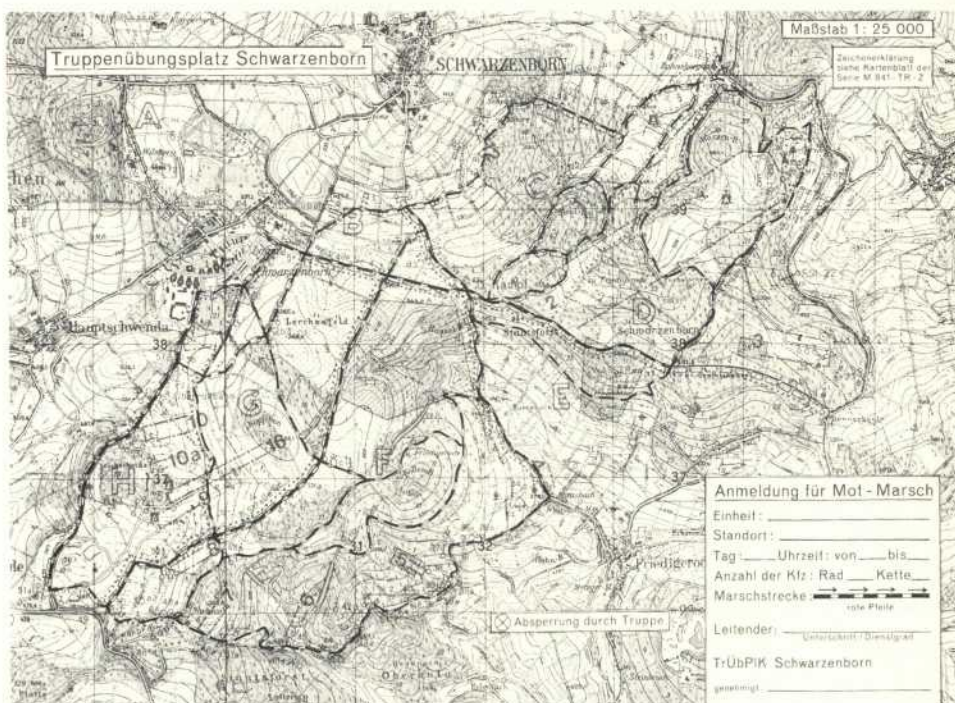
Neben bestimmten Ansprüchen an Relief, Boden- und Bewuchsstruktur, die das Militär stellt, sind als ständige Übungsflächen solche ländlichen Gebiete prädestiniert, denen staatliche Raumordnungspolitik das Prädikat 'strukturschwach' verliehen hat und Sorge für seine Beibehaltung trägt. Als Indiz sei hier nur die nicht zufällige Nachbarschaft der bundesdeutschen Naturparke, einer anderen planerischen Besetzung ländlicher Räume, mit Armeeeübungsplätzen und militärischen Einrichtungen jeder Art erwähnt. Häufig überlagern sich diese beiden Nutzungen direkt, wie die Beispiele niedersächsischer Heidepark, hessischer Habichtswald, Meißner-Kaufunger Wald, Hoher Vogelsberg usw. zeigen.

„Die Nutzung dünn besiedelter und zur Abwanderung tendierender Gebiete für militärische Zwecke ( ) liegt nahe: der Flugplatz für Düsenjäger ist so gut ein Schicksal solcher Regionen wie der Naturpark. ( ) Beiden Nutzungen ist gemein, daß sie andere ausschließen“, kennzeichnete H. Schwedt dieses Phänomen.<sup>1)</sup>

Die Präferenzierung der genannten Räume begründet sich in ihrer Struktur und den mit ihr verbundenen, für vielerlei Großprojekte vorteilhaft erscheinenden Qualitäten: die Bodenpreise liegen eher niedrig und die Grundeigentümer sind einem Landverkauf zumeist geneigt. Wenngleich es bundesdeutschem oder alliierterem Militär in vielen Fällen gelingt, seine Flächenansprüche auf staatseigenem Gelände wie Forsten oder Domänen zu befriedigen.

Den von militärischen Vorhaben betroffenen Gemeinden und auch den Bewohnern ist die Streitmacht in Spekulation auf lokalökonomische Effekte eher willkommen als ungelogen.

Militär kann regionaler Wirtschaftsfaktor in zweifacher Hinsicht sein: zum einen als Institution, die Aufträge an Handel und Gewerbe vergibt, deren Beschäftigte ihren individuellen Konsum in der Standortgemeinde



decken und sich möglicherweise hier fest niederlassen, zum anderen als Arbeitgeber, der zivile Arbeitsplätze zur Verfügung stellt. Kommunale Erwartung bezieht sich jedoch auch auf die gesetzlich zugesicherten Beihilfen zum Infrastrukturausbau in Standortgemeinden

### ...und militärische Tradition als Voraussetzung

Viele Standortübungsplätze<sup>2)</sup> sowie 12 der 13 auf bundesdeutschem Gebiet liegenden Truppenübungsplätze existieren schon seit dem Dritten Reich oder gar schon seit Kaisers Zeiten.

In diesen Orten gehört die Präsenz von Militär zum Gewohnten, zum Alltag. Im dörflichen oder kleinstädtischen Einerlei vieler Garnisongemeinden laufen vermittelt Vorgänge ab, die Ottomeyer<sup>3)</sup> als 'subjektive Militarisierung' beschreibt, „eine Schein-Ver-söhnung von unmittelbarer Alltagswelt und 'großer Geschichte'. (...) Der Soldat hat teil an einer globalen Umgestaltung. Er ist lebensgeschichtlich 'dabei gewesen', als Dinge passierten, die in den Geschichtsbüchern stehen, kann sich auf diese Weise als das spüren und darstellen, was die Individuen unter aller Entfremdung tatsächlich sind: als Subjekt der

Geschichte.“ Die Präsenz von Soldaten, militärischem Apparat und Gerät projiziert in diesem Sinne einen Abglanz auf die Standortgemeinde. Eine weitere Vermutung über die Ursachen der Akzeptanz von Militär, über noch zu beschreibende materielle Vorteile hinausgehend, nimmt ihren Ausgang in häufig zu hörenden individuellen Äußerungen über das Sicherheitsgefühl, das die Anwesenheit von 'eigenem oder befreundetem' Militär verschafft: 'Schutzmacht'. Selbstverständlich finden die vorgestellten und teilweise realisierten ökonomischen Effekte auch in der individuellen Erfahrung ihren Widerhall.

Die Kleinstadt Schwarzenborn ist abseits der großen Verkehrsachsen mitten im hohen Knüll gelegen und ursprünglich eine landwirtschaftliche Gemeinde mit typischen Mittelgebirgsproblemen. Im südlichen Bereich der Stadt erstreckt sich indessen auf 1200 ha früherem Weide- und Wiesenland die Bundeswehranlage Schwarzenborn mit Lager und Truppenübungsplatz. Weitere 500-600 ha des insgesamt fast 1800 ha großen Geländes liegen in den Gemarkungen der angrenzenden Gemeinden. Schwarzenborn soll einschlägiger Meinung zufolge beispielhaft für die Einvernehmlichkeit zwischen Militär und Gemeinde sein und in hervorragender Weise die positiven Effekte von Truppenstationierung demonstrieren.